

sein, wenn sie die heißen Fragen aufgreift und die offene Gesellschaft im Sinne einer verantwortlichen Aufsteiger-gesellschaft befördert. Denn nur durch die Revitalisierung der kooperativen Marktwirtschaft lässt sich mithin mehr Wohlstand durch mehr Industrie schaffen.

Man darf sich also nicht auf der guten Ausgangslage ausruhen. Um die wirtschaftliche Situation in Deutschland zu verstetigen und das Land zukunftstauglich zu machen, braucht es eine Agenda für die Zukunft der Industrie und die Industrie der Zukunft. Und die muss technologische, wirtschafts-, sozial- und bildungspolitische Elemente umfassen. Im Sinne von Matthias Machnig sollten die Stärken des deutschen Modells innovativ weiterentwickelt werden und zugleich, und das ist die Basis, selbst dazu beitragen, Mentalitäten zu verändern. Anders als in den 90er Jahren gedacht, heißt dies nicht einfach Anpassung an den liberalen Kapitalismus. Vielmehr ist Wirtschaftspolitik in Zeiten von Globalisierung und steigender Komplexität selbst komplexer geworden. Vor allem sollte die ökologische Herausforderung und die Einwanderung als Chance begriffen werden, um die Durchlässigkeit der Gesellschaft zu verbessern, ohne die sozialen Standards dieser Gesellschaft zu verletzen. Daher braucht man eine Strategie, an der alle wesentlichen Akteure beteiligt sind. Es geht um eine »Neue Digital-Industrielle Agenda«.



Wolfgang Schroeder

ist Professor an der Universität Kassel und beim IG Metall-Vorstand Leiter der Grundsatzabteilung. Er war von 2009-2014 Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg.

wolfgang.schroeder@uni-kassel.de

Siegmar Mosdorf

Global – Digital – Gerecht

Was heißt Wirtschaftskompetenz heute?

»It's the economy, stupid!« – mit diesem Wahlkampfslogan gewann Bill Clinton 1992 die amerikanischen Präsidentschaftswahlen und das, obwohl der damalige Amtsinhaber George Bush ein Jahr zuvor noch Zustimmungswerte von 90 % hatte. Clinton siegte am Ende mit 44,9 Millionen Stimmen (43 %) gegen Bush, der 39 Millionen Stimmen (37,5 %) erhielt.

Wirtschaftskompetenz ist vor allem für die meinungsbildenden Leistungsträger – vom Facharbeiter bis zum Spitzenmanager – im Laufe der letzten Jahrzehnte in hoch entwickelten Demokratien zu einem immer wichtigeren Wahlkriterium geworden. Das war im Deutschland der Nachkriegszeit noch anders, damals standen andere politische Themen im Vordergrund, allen voran außenpolitische. Doch schon Mitte der 50er Jahre wurde Wirtschaftsminister Ludwig Erhard mit seiner Politik und dem Motto »Wohlstand für alle« zum Vater des »Wirtschaftswunders« und damit zum wichtigsten Wahlhelfer der Kanzlerschaft Adenauers und der Union.

In der Regierungsmannschaft Willy Brandts standen vor allem der Finanzminister Alexander Möller (damals der einzige aktive Manager im Kabinett) und der Diplom-Volkswirt Karl Schiller als Wirtschaftsminister für Wirtschaftskompetenz. Später verkörperte diese der Kanzler Helmut Schmidt – selbst Diplom-Volkswirt und kurze Zeit Bundeswirtschafts- und -finanzminister – auf besonders authentische Weise, was damals vor

allem international an Bedeutung gewann. Helmut Kohl trat mit dem Vorteil an, dass die CDU in der bundesrepublikanischen Nachkriegssozialisation als Wirtschaftspartei schlechthin prädisponiert war. Er selbst setzte aber andere Schwerpunkte und wollte seine Volkspartei zusammen mit Heiner Geißler und z.B. Rita Süßmuth vor allem aus machtpolitischen Gründen stärker sozialpolitisch ausrichten. In den Anfangsjahren seiner Kanzlerschaft wurde Otto Graf Lambsdorff (FDP) – in der sozialliberalen Koalition wirtschaftspolitischer »Wendebegründer« – zwar nicht populär, aber zum respektierten, wirtschaftspolitischen Gewissen der Regierung.

Gerhard Schröder setzte dann als Bundeskanzler asymmetrisch zur parteipolitischen Prädisposition wieder stärker auf Wirtschaftskompetenz. Durch seine starke Vernetzung in der »Deutschland AG«, zu der der VW-Chef Ferdinand Piëch maßgeblich beigetragen hatte, trat er schon als Kanzlerkandidat mit einem starken Wirtschaftskompetenten Profil an. Dazu berief er mit Werner Müller auch noch einen parteilosen, angesehenen Spitzenmanager als Wirtschaftsminister. Nach einer konjunkturell und innerparteilich schwierigen Phase löste er mit der Agenda 2010 dieses Profil dann ein. Angela Merkel wiederum positionierte die Union ebenfalls asymmetrisch bis weit in die sozialdemokratischen Koordinatenräume.

In Wachstumsphasen ist Wirtschaftskompetenz der Parteien und der sie führenden Personen zwar auch wichtig, aber nicht so zwingend wie in Phasen des Abschwungs oder gar der Krise. Wenn man die für politische Entscheider so bedeutende Wirtschaftskompetenz näher analysiert, so stellt man fest, dass das Kompetenzspektrum in der Geschichte sehr unterschiedlich ausfällt: In der Ära Adenauer/Erhard ging es in der »Trümmer-Ökonomie« um das Allernötigste, um das existenzielle Überleben und dann auch um die solide Einführung einer neuen Währung. In der Ära Brandt/Schmidt war die Bekämpfung der ersten Rezession der Nachkriegszeit die große Herausforderung, wie auch die Eindämmung der Inflation, die Ölkrise und die nachhaltige Etablierung eines Kooperationsmodells zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften (»Konzertierte Aktion«). Ab Mitte der 70er Jahre wurden die weltwirtschaftlichen Einflussfaktoren auf die nationalen Volkswirtschaften immer relevanter, z.B. weil das Bretten-Woods-Währungssystem zusammenbrach. Deshalb initiierten Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing 1975 den ersten Weltwirtschaftsgipfel auf Schloss Rambouillet.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre erlebte Deutschland eine Konjunkturphase mit guten Wachstumsraten, die dann durch den Wiedervereinigungsboom auch noch verlängert wurde. In der zweiten Hälfte der 90er blieben dann aber viele Zukunftsinvestitionen liegen und das Abschalten der ostdeutschen Restindustrie musste mit umfangreichen Sozialtransfers kompensiert werden. Die Regierung Schröder hat dann das schwierige Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften durch die Schaffung der Dialog-Plattform »Bündnis für Arbeit« wieder konsolidiert. Man investierte in Forschung und Technologie, um den erheblichen Rückstand des Landes vor allem gegenüber den USA und den skandinavischen Ländern beim anlaufenden Digitalisierungsprozess aufzuholen. Innerparteiliche Schwierigkeiten, das Platzen der Internetblase und die Terrorangriffe des 11. September 2001 verhinderten eine nachhaltige Umsetzung einer konzeptionellen Wachstumsstrategie, sodass Deutschland ökonomisch seinen Vorsprung einbüßte.

In der ersten Großen Koalition ab 2005 und im Grunde genommen bis heute, hatte die Union auf dem Feld der Wirtschaftskompetenz im Wettbewerb mit den anderen Parteien ein leichtes Spiel, denn zum einen gilt die Union immer noch als die Wirtschaftspartei in Deutschland und zum zweiten fiel die FDP in dieser Zeit mit Rößler und Brüderle nicht groß auf. Dazu kommt drittens, dass die SPD bis heute vor allem damit beschäftigt ist, die Kollateralschäden der Agenda 2010 in ihrem Sozialprofil zu beheben und das Verhältnis zu

den Gewerkschaften wieder zu verbessern. So hat die SPD in Sachen Wirtschaftskompetenz bisher nicht punkten können.

Bei all den großen historischen Herausforderungen ist die Wirtschaft als Kern-Aktivitätsfeld einer Gesellschaft zunehmend komplexer geworden. Das hängt mit der Globalisierung, der Digitalisierung und den berechtigten Nachhaltigkeitsansprüchen der Gesellschaft zusammen. Wer heute als Institution, als Partei oder als Person für Wirtschaftskompetenz stehen will, muss nicht nur das »kleine Einmaleins« der VWL und BWL verstehen, sondern auch die internationalen Zusammenhänge bewerten können. Er muss das »Alphabet« der Digitalisierung anwenden und gesellschaftlich einordnen können. Und er muss eine Nachhaltigkeitsstrategie gegen den Raubbau an unseren Rohstoffen und Ressourcen haben. John Maynard Keynes hat einmal formuliert: »The master-economist must possess a rare combination of gifts ... He must be mathematician, historian, statesman, philosopher – in some degree.« Das ist ein anspruchsvolles Anforderungsprofil.

Der Harvard-Philosoph Michael J. Sandel schreibt über die moralischen Grenzen des Marktes: »Die meisten Ökonomen ziehen es vor, sich nicht mit moralischen Fragen zu beschäftigen. (...) Doch die Ökonomen öffnen jetzt ihr Fachgebiet. In jüngster Zeit haben sie sich ehrgeizigere Aufgaben gestellt. Was die Ökonomie bietet, sagen sie, sei nicht bloß eine Sammlung von Einsichten über Produktion und Konsum materieller Güter, sondern auch eine Wissenschaft des menschlichen Verhaltens.« Auch wenn die Menschen meist ihren Wohlstand mehren wollen und eine Art Kosten-Nutzen-DNA haben, rücken zunehmend gesamtgesellschaftliche Fragestellungen in den wirtschaftspolitischen Diskurs. Wirtschaftskompetenz definiert sich somit heute nicht mehr nur über die verschiedenen ökonomischen Schulen: Man ist nicht mehr kompetent, weil man Keynesianer ist oder weil man der Geldtheorie der Chicagoer Schule anhängt. Und mit Blick auf die deutsche Szene stellt sich die Frage, wer denn nun mehr Wirtschaftskompetenz besitzt – die Anhänger von Hans-Werner Sinn (ifo-Präsident) oder die von Marcel Fratzscher (Präsident des DIW)?

Wirtschaftskompetenz im politischen und gesellschaftlichen Verständnis entscheidet sich nicht nach dem Libretto der verschiedenen ökonomischen Schulen, sondern auf Basis eines ökonomischen Grundverständnisses nach der Haltung und der Glaubwürdigkeit. In der globalisierten und digitalisierten *New Economy* werden informierte, gebildete Menschen zum Subjekt der Wertschöpfung. Wissen wird zum zentralen Rohstoff, der sich bei Gebrauch sogar vermehrt. Weltkonzerne eröffnen moderne Labore an den Bildungs- und Forschungs-Clustern der Welt, um möglichst früh an die Erfinder und Wertschöpfer von morgen heranzukommen. Arbeit wird anders organisiert: nicht mehr kolonnenhaft und hierarchisch, sondern kooperativ, mit flachen Hierarchien.

Die Teilhabewünsche der aufgeklärten Arbeitnehmer des 21. Jahrhunderts richten sich nicht nur auf das Materielle. Sie wollen sich zudem mit ihrem Job identifizieren. Denn die Leistungserwartung ist so hoch, dass ein volles Engagement und damit die volle Identifizierung mit dem Unternehmensziel die Voraussetzung für die Leistungserfüllung ist.

Wenn sich das Wissen so schnell verändert, dass junge Universitätsabsolventen Unternehmen gründen und etwas anbieten, das es bisher gar nicht gab, ändern sich Karrieremuster und gesellschaftliche Hierarchien. Diejenigen, die auf diesen Wandel nur defensiv und »strukturkonservativ« reagieren, werden bemitleidet untergehen, weil sie im heutigen Licht keine Wirtschaftskompetenz besitzen. Diejenigen, die den Wandel offensiv gestalten wollen, werden durch ein Fegefeuer der alten, teilweise ständischen Interessen gehen, aber das Vertrauen der Leistungsträger gewinnen, weil sie als kompetent gelten.

Wirtschaftskompetenz definiert sich also nicht über eine möglichst eloquente Vertretung eigener, sondern über die rationale Vertretung gesamtgesellschaftlicher Interessen

in einem komplexen internationalen Umfeld unter Beachtung der nicht nur dieser Generation anvertrauten Ressourcen.

Wer unter diesen neuen Bedingungen in die Wirtschaft und das Arbeitsleben des 21. Jahrhunderts eintritt, der hat auch eine neue Vorstellung vom gesellschaftlichen Zusammenleben. Eine junge Generation, die im Berufsleben kosmopolitisch sein muss, wird sich wieder mehr nach Verortung sehnen. Das wird sich auch in dem Wunsch nach heimatlicher Verwurzelung und familiären Strukturen ausdrücken. Diese Generation des 21. Jahrhunderts wird die Ich-Bezogenheit und das »Selbstbewusstsein ohne Bewusstsein«, wie Herbert Achternbusch es nannte, der Postmoderne hinter sich lassen und pragmatisch für Werte eintreten. Es wird eine Generation sein, die von der Plausibilität der Marktwirtschaft nicht erst überzeugt werden muss, die aber keine Marktgesellschaft will. Sie wird fragen, wie der laut Richard Sennett »flexible Mensch« trotzdem gemeinschaftsfähig bleibt. Und sie wird ein anderes Verständnis von Gerechtigkeit haben: In ihren Augen steht nicht derjenige für Wirtschaftskompetenz und Gerechtigkeit, der möglichst viele staatliche Sozialprogramme fordert, sondern derjenige, der Gerechtigkeit als leistungsgerecht und fair definiert.

Das sind die neuen Fragen, die heutzutage in dem Wort Wirtschaftskompetenz stecken. Diese müssen glaubwürdig und überzeugend beantwortet werden. Die Einfluss-Architektur der Gesellschaft hat sich verändert. Wirtschaftskompetenz im weiteren Sinne ist heute relevanter denn je. Das gilt nicht nur für die betriebswirtschaftlichen und auch nicht nur für die volkswirtschaftlichen Fragen. Das gilt auch für die Frage, ob und wie man Griechenland hilft – auch unter der Prämisse der Leistungsgerechtigkeit. Und wie geht man mit den Flüchtlingsströmen um – menschlich zugewandt und zugleich ökonomisch vertretbar in einer Balance, die politisch Verfolgten hilft, Zuwanderung aktiv steuert, aber nicht wirtschaftliche Gründe allein als Aufnahmekriterium in Deutschland gelten lässt? Die Ökonomie gehört zur Basis-DNA der Menschen, aber zum Menschsein gehören Werte und eine Haltung. Das alles zusammen genommen bildet erst die Grundlage für Kompetenz.

2013 hat Sigmar Gabriel nach der Bundestagswahl auf dem Leipziger Parteitag der SPD klar Stellung bezogen: »Es bedarf neben der sozialen Kompetenz der SPD auch einer deutlich stärkeren Wirtschaftskompetenz unserer Partei. Ohne die werden wir nicht erfolgreich.« Der Ausgangspunkt ist gut. Das Wirtschaftsministerium auszuwählen und es um den wichtigen Energiesektor zu erweitern, war eine richtige Entscheidung. Der Wertschöpfungsfrage unter anderem auch mit einer modernen Industriepolitik Priorität zu geben ist ebenso richtig wie nachhaltige Industrien zu fördern. Bei der Verteilungsfrage müssen jetzt, nach der Schaffung des Mindestlohnes, klare Signale für die Leistungsträger und den Mittelstand folgen. Die kalte Progression muss abgebaut und damit signalisiert werden, dass sich auch für aufstrebende Mittelschichten Leistung wieder lohnt. Neue Studien der Universität Duisburg-Essen und des DIW zeigen, dass die deutsche Mittelschicht in den letzten 20 Jahren geschrumpft ist. Deshalb muss die Sozialdemokratie gerade hier punkten. »It's the middle class, stupid«, so der abgewandelte Slogan aus der Clinton-Kampagne, in dem der Mittelstand als der entscheidende Ansatzpunkt identifiziert wurde.

Wirtschaftskompetenz mit Weitblick und gleichzeitig mit präzisen Analysen der Details – das ist nicht kurzfristig zu erreichen, sondern nur durch stetiges, konsistentes und glaubwürdiges Regieren auf allen Feldern.



Siegmund Mosdorf

Parlamentarischer Staatssekretär a.D. im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Er ist Partner der internationalen Unternehmensberatung CNC AG.

siegmund.mosdorf@cnc-communications.com